**Haushaltsrede 2024**

Der aufgestellte Haushaltsplanentwurf für das Jahr 2024 sieht einen Umfang von 63 Millionen Euro und ein Defizit von 6,3 Millionen Euro vor. Dieses strukturelle Defizit, mit welchem bereits die vergangenen Jahre geplant wurde, sorgt dafür, dass unsere Ausgleichsrücklage wahrscheinlich im Jahr 2027 aufgebraucht sein wird.

Aus diesem Grund setzt die UWG Steinhagen auf Einsparungen, welche wir bereits in den letzten Jahren und auch wieder in diesem Jahr vorgeschlagen haben. Denn es kann nicht sein, dass Steuererhöhungen, wie es SPD und Grüne bereits in der dritten Legislaturperiode in Folge durchgesetzt haben, die Lösung des Problems sind. Gerade in der heutigen Zeit, in welcher die Bürger bereits mit einer hohen Inflation zu kämpfen haben, müssen wir die Firmen, das Eigenheim und die Mieten weiter bezahlbar halten. Denn die geplante Grundsteueranhebung betrifft alle Steinhagener, egal ob Firmen, Eigentümer oder Mieter, sie alle bezahlen die Grundsteuer B. Wenn wir uns immer an allen Steuerzahlern bedienen, so brauchen wir uns nicht zu wundern, dass die Bürger oder die Firmen der Gemeinde auf kurz oder lang den Rücken kehren.

Die geplante Erhöhung der Grundsteuer B um 100 Punkte bringt der Gemeinde zwar etwa eine Million Euro mehr ein, aber das allein ohne Einsparungen gleicht den Haushaltsplanentwurf von 2024 nicht aus. Auch die Anhebung der Hundesteuer von 60 auf 70 Euro kritisieren wir aufs schärfste. Bei der Hundesteuer handelt es sich immer noch um eine Steuer und nicht um eine Gebühr, welche zweckgebunden sein müsste.

Nicht nur, dass diese Steuer eine nicht mehr zeitgemäße Steuer aus dem Jahre 1807 ist, sondern diese Steuer auch noch mit nicht haltbaren Begründungen angehoben wird. Zum Beispiel: Wir haben in den letzten Jahren ja auch viel gemacht für die Hundehalter. Beispielsweise die Hundetoiletten und die Errichtung einer Hundewiese. Letztere wurde bereits 2018 von Seiten einzelner Bürger und unserem Vorsitzenden Kai Funke gefordert und soll jetzt im Jahr 2024 endlich realisiert werden.

Aus unserer Sicht ist es unverständlich, wie sehr sich SPD und Grüne gegen potentielle Einsparungen stemmen, um Entlastungen für einige wenige Bürger als Privileg weiter zu führen und dieses als gute Marketingstrategie der Gemeinde Steinhagen verkaufen. Als Beispiel sei hier „Jung kauft Alt“ genannt. Selbst der Kreis Gütersloh hat dieses nicht mehr zeitgemäße Förderprogramm eingestampft. Dafür sollen jedoch alle Bürger für die wenigen, die entlastet werden, durch solche Förderprogramme mit Steuererhöhungen belastet werden. Es kann nicht sein, dass für die Vorteile weniger Bürger alle Bürger der Gemeinde Steinhagen bluten müssen. So ist auch das Förderprogramm für den Umweltschutz zu kritisieren und zu hinterfragen, welches von 100.000 Euro auf 175.000 Euro ausgebaut wurde. Wir wissen selber, dass dieses Förderprogramm zum Umweltschutz einige unserer vergangenen Ideen enthält, wie z. B. die Begrünung von Dächern und Fassaden. Dennoch erachten wir die Dringlichkeit eines ausgeglichenen Haushaltes erstmal vorrangig. Denn Umweltschutz muss man sich auch leisten können.

Außerdem ist es nicht nachvollziehbar, warum man sich bei Neubauten der Gemeinde Steinhagen nicht an anderen Beispielen orientiert. Beispielsweise bei einem Neubau von Schulen, wodurch der Bau deutlich schneller und kostengünstiger funktionieren würde. So hätte man sich beim Neubau der Grundschule Brockhagen z. B. an dem Neubau der Georg-Müller-Schule orientieren können. Denn dieser Bau der Schule hat weniger als ein Jahr in Anspruch genommen und ist um ein Vielfaches günstiger, als der geplante Neubau in Brockhagen, und das bei ähnlich vorgesehener Größe. Aber wenn man gewisse Unternehmen oder Bauweisen von vornherein ablehnt, dann brauchen wir uns auch nicht zu wundern, wenn unsere öffentlichen Schulen bei gleicher Größe dreimal so viel kosten. Klar ist es gut, wenn man umweltschonend baut, aber doch nicht zu jedem Preis.

Auch diesen beiden Parteien müsste endlich mal klar geworden sein, dass immer nur Steuererhöhungen keine Lösung für das generell geplante Defizit sein kann. Erfreulich ist ja, dass die Freiwilligen Leistungen, welche seit Jahren nur den Weg nach oben kennen, erstmals geringer ausfallen als im vorangegangenen Jahr. Immerhin sind dort „nur" 6,8 Millionen Euro für 2024 eingeplant zu den 7,1 Millionen Euro in diesem Jahr.

Es wurden genügend Einsparvorschläge eingebracht, um die geplante und durch Rot-Grün beschlossene Steuererhöhung von etwa einer Millionen Euro zu kompensieren. Erfreulich ist es, dass wir uns wenigstens auf einzelne Punkte einigen konnten, welche dem Haushaltsplanentwurf ein geringeres Minus verbuchen lassen. Beispielsweise die Anhebung der Essensgelder in der Mensa. Diese Essensgelder wurden bisher mit mindestens 68% von der Gemeinde bezuschusst, wodurch die Gemeinde jährlich über 700.000 Euro Steuergelder aufgewendet hat.

Alles in allem betrachtet drängen uns die geplanten Steuererhöhungen jedoch dazu, dass wir den Haushaltsplanentwurf für das Jahr 2024 ablehnen werden. Denn wir als UWG stehen zu unserem Wort und lehnen Steuererhöhungen ab, solange es Ratskollegen gibt, die sich weigern, Einsparungen vorzuziehen, statt den bequemen Weg der Steuererhöhungen einzuschlagen.

Wie jedes Jahr möchte ich mich wieder für die gute Zusammenarbeit mit der Verwaltung, der Bürgermeisterin, den Ratskollegen, den Sachkundigen Bürgern und der Presse bedanken und hoffe auf selbiges im nächsten Jahr.

Kai Funke

Vorsitzender der UWG Steinhagen